

Anfänge der zweifachen deutschen Beziehungen zum Nordjemen

Die Beziehungen zum Nordjemen begannen nach dem Zweiten Weltkrieg recht unspektakulär. Wie bei anderen Staaten der Region waren es vor allem Wirtschaftsunternehmen wie die Weserhütte Otto Wolff¹, die sich nach Handelskonditionen und diplomatischen Vertretungen erkundigten. Im Jahr 1952 wurde das Ersuchen der Weserhütte dahingehend beschieden, dass die Bundesrepublik im Jemen nicht vertreten ist und eine Interessenvertretung nur durch den in Ta'izz akkreditierten britischen Geschäftsträger möglich ist. Um dies zu ändern, sollte zunächst der westdeutsche Gesandte in Kairo auch für den Jemen akkreditiert werden. Zu diesem Zweck reiste Dr. Günther Pawelke nach Aden in den britisch besetzten Südjemen, wo er am 12. Oktober 1953 mit Heinrich de Haas, dem einstigen deutschen Honorarkonsul in Djidda, ankam. De Haas und Pawelke reisten von Aden über Ta'izz nach Sana'a. Nach Besprechungen mit Amir Hasan kehrten sie über Ma'rib, Hudaida und Ta'izz nach Aden zurück.²

Am 19. Dezember 1953 wurde der Botschafter Westdeutschlands in Kairo, Dr. Pawelke, auch im Nordjemen akkreditiert. Doch auch die jemenitische Seite bahnte Kontakte an, um ihr im höchsten Grad unterentwickeltes Land voranzubringen. Als möglichen Warenlieferanten und Kreditgeber hatte man die Bundesrepublik ins Auge gefasst. Die Botschaft Rom kabelte am 9. Februar 1953 nach Bonn, dass der jemenitische Ministerpräsident am 18. Februar in Frankfurt am Main ankommen und nach Düsseldorf weiterfliegen wird. Die Delegation des Ministerpräsidenten bat zugleich um eine Gelegenheit zur Weiterfahrt nach Bonn sowie um die Stellung eines Dolmetschers namens Hermann Dietrich³.

1 Die Weserhütte wurde 1844 als Eisenwerk gegründet. Der erste Bagger der Weserhütte wurde 1908 als Hochlöffelbagger mit Schienenfahrwerk gebaut. Später folgten Bagger mit Dieselmotor mit Raupenfahrwerk. In den sechziger Jahren gehörte die Weserhütte zu den ganz Großen im Baggerbau. Vgl. [www.baggerfreunde.de /Weserhutte/Weserhutte_Geschichtlicher_Abr_weserhutte_geschichtlicher_abr.html](http://www.baggerfreunde.de/Weserhutte/Weserhutte_Geschichtlicher_Abr_weserhutte_geschichtlicher_abr.html).

2 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (im Folgenden: PAAA), B 11, Nr. 347, 16. September 1952.

3 Hermann Dietrich war Mitinhaber der Firma Joseph Hansen & Söhne Hamburg, Spitalerstraße 12. Hermann sprach die jemenitischen Dialekte fließend. Er war

Der Vizekönig wünschte den Besuch einer repräsentativen Baumwollspinnerei, einer Traktorenfabrik, eines Zementwerkes, einer Kohlenzeche, eines Eisenbergwerkes sowie einer Mineralölförderanlage und einer Häute- und Lederfabrik. Die Delegation bestand aus Prinz Saif al-Islam Hasan, dem Vizekönig, Ministerpräsidenten und Innenminister des Jemen, Sayyid Hasan Ibrahim, Gesandter des Jemen in London, Scheich Ali Muhammad al-Djabali, Handelsattaché des Imam in Aden, Ahmad Kamud Baahar, dem Direktor für industrielle Angelegenheiten sowie Sayyid Muhammad al-Haifi, dem Privatsekretär des Königs. Die Aufmerksamkeit Bonns gegenüber der jemenitischen Delegation mag Beleg für die zu diesem Zeitpunkt noch erkennbare außenpolitische Isolierung Westdeutschlands sein. Die offensichtlich wenig konkreten Vorstellungen über die Modernisierung und Industrialisierung des Jemen waren den Handelsbeziehungen sicher nicht förderlich. Abschließend konstatierte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über den mehrwöchigen Deutschlandbesuch des Vizekönigs, dass jener „in Kreisen der Araberliga⁴ größtes Unbehagen ausgelöst“ hat. Als der Prinz vor fünf Monaten in Kairo weilte, hat es nicht an Versuchen gefehlt, ihn im Sinne der Ligapolitik zu beeinflussen. Auch hier versuchte der Gesandtschaftsrat in Bonn, Dr. Maamun al-Hamui, die jemenitische Delegation auf dem Flughafen abzufangen, um sie vor dem Staatsbesuch nochmals an die panarabischen Wünsche und Abmachungen zu erinnern.⁵ Zu weiteren Hintergründen des Deutschlandbesuchs des jemenitischen Vizekönigs teilte die Deutsche Presseagentur mit, dass

„die Wirtschaftslage im Jemen einen derartigen Tiefpunkt erreicht (hatte), daß sich die führenden Männer daher gezwungen sahen, deutsche Hilfe in Anspruch zu nehmen, ganz gleich, ob die Bundesregierung den Israel-Vertrag ratifiziere oder nicht...“⁶

Yunus Bahri, der frühere Chefsprecher der arabischen Programme der deutschen Überseesender, polemisierte in der in Paris erscheinenden Wochenschrift „Al-Arab“:

vor dem Zweiten Weltkrieg 15 Jahre im Jemen. Obige Firma war Generalexporteur für die Ausfuhr von Maschinen aller Art nach Nah- und Mittelost.

4 Korrekt Liga der Arabischen Staaten. Sie wurde am 22. März 1945 als internationale Regionalorganisation in Kairo gegründet. Die Gründerstaaten waren Ägypten, Irak, Nordjemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien. Ziel der Liga war die Festigung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern und die Verteidigung der Unabhängigkeit der arabischen Staaten, doch vermochte die Araberliga nur zeitweise die unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder zu überdecken.

5 Ebenda, dpa-Information, 10.03.1953.

6 Ebenda.

„Dr. Adenauer habe die große Schachpartie aber noch nicht gewonnen, wenngleich es ihm auch gelungen sei, einen arabischen König zu erjagen. Der Bundeskanzler habe erst dann gesiegt, wenn er alle arabischen Könige für sich gewonnen habe. Die Regierungen und Völker der arabischen Länder, schließt Bahri, würden weiterhin Front gegen die judenfreundliche und araberfeindliche Politik Dr. Adenauers machen.“⁷

Bahris Fazit verdeutlicht nicht zu Unrecht eine Priorität in der westdeutschen Außenpolitik. Die Beziehungen zu Israel hatten und haben gegenüber den arabischen Ländern absolute Priorität. Die tragische Vergangenheit der Shoah, die Bemühungen beider Seiten zur Schaffung einer besseren Zukunft und die politischen Zwänge der damaligen Situation von den Anfängen der Wiederherstellung des Dialogs zwischen Westdeutschland und der jüdischen Gemeinschaft einerseits und der Kontaktabnahnung zwischen dem westdeutschen Teilstaat und Israel andererseits führten zu einer außergewöhnlich schnellen Annäherung zwischen zwei Ländern und Völkern, die alles nach dem in jüngerer Geschichte beispiellosen Völkermord getrennt haben müsste.⁸ Der am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichnete Wiedergutmachungsvertrag bildete vorerst einen ersten Höhepunkt dieser westdeutschen Anstrengungen, die 1965 in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gipfelten. Die arabischen Politiker sahen in diesen Leistungen an Israel für die im Holocaust ermordeten Juden eine enorme Stärkung des Staates Israel, obgleich dieser arabische Territorien besetzt hielt. Die Isolierung Westdeutschlands in der arabischen Welt zu durchbrechen, machte daher durchaus Sinn.

Bahri machte vor allem den Handelsbevollmächtigten des Imam, Scheich Ali Muhammad, für das Zustandekommen des Besuchs des jemenitischen Vizekönigs in Italien und Deutschland verantwortlich. Protokollarischer Höhepunkt des Besuchs der jemenitischen Delegation war zweifellos deren Empfang bei Bundespräsident Theodor Heuss.

Ein Jahr später hatte man in der Bundesregierung schon wesentlich klarere Vorstellungen von den Wünschen der jemenitischen Seite. Anfang August 1954 regte der jemenitische Gesandte in London und Bonn an, den sich in Kairo aufhaltenden Kronprinzen durch die Bundesregierung einladen zu lassen. Der deutsche Gesandte im Jemen, Wilhelm G. Steffen, mutmaßte den Hauptgrund in dem Wunsch nach langfristigen großen Krediten. Offizieller Anlass sollte der Austausch der Ratifizierungsurkunden zu den deutsch-jemenitischen Verträgen sein, die dem im

7 Ebenda.

8 Vgl. Trimbur, D., *De la Shoah à la réconciliation? La question des relations RFA – Israël [1949–1956]*, Centre de Recherche français de Jérusalem. Paris 2000.

Hotel Rheinland in Bad Godesberg residierenden Gesandten Hasan Ibrahim überreicht werden sollten. Resigniert stellte Steffen fest:

„Eine Einladung des Kronprinzen wird sich allerdings kaum umgehen lassen. Sie wäre vielleicht analog zu der im Januar 1953 im Namen der Bundesregierung erfolgten Einladung des jemenitischen Vizekönigs und Ministerpräsidenten Prinz Saif ul Islam Hassan auszusprechen (...).“⁹

Kronprinz, Chinesen und Sowjets

Die Hintergründe für die Bemühungen der jemenitischen Seite, den Kronprinzen Saif al-Islam Muhammad al-Badr von der Bundesregierung einladen zu lassen, begründete der Gesandte des Jemen in London und Bonn wie folgt:

„Die deutsch-jemenitischen Beziehungen seien auf ein totes Gleis geraten. Die Frage sei, was getan werden könne, um das deutsch-jemenitische Freundschafts-, Handels- und Kredit-Abkommen zu aktivieren. Die Firmen Krupp, Strabag/Philipp Holzmann und Deilmann¹⁰ hätten wertvolle Vorarbeit geleistet; greifbare Resultate seien jedoch bisher nicht erzielt worden. Er sei sich darüber klar, daß dies zum großen Teil an den Jemeniten selbst läge, weil Entschlüsse im Jemen nur langsam reiften, und auch inner-politische Schwierigkeiten zu überwinden seien...“¹¹

Sayyid Hasan Ibrahim verwies den Diplomaten Dietrich von Mirbach auf die Projekte für den Bau von Straßen, Elektrizitätswerken und eines Zementwerkes. Zudem erwähnte er die Deilmann-Konzession für den Abbau von Kohle und Erzen. Die Untersuchungen der Firma Krupp in Bezug auf Kohlevorkommen waren zwar enttäuschend, aber es wurden jedoch Ölschiefer in abbauwürdigen Mengen gefunden.

Als Ursache für die enttäuschenden Ergebnisse des Deilmann-Vertrages benannte Sayyid Hasan Ibrahim Mangel an Verständnis auf beiden Seiten. So habe der Imam zweimal vergeblich auf den Besuch von Herrn Deilmann gewartet.

„Zur Überwindung dieser Situation halte er es für zweckmäßig, den Kronprinzen Saif el Islam Muhamed el Badr mehr an dem Deilmann-Vertrag zu interessieren, um so mehr als er Gouverneur der Provinz sei, in der Deilmann arbeite. Er mache daher den Vorschlag, den Kronprin-

9 PAAA, B 12, Nr. 1062, Aufzeichnung von Steffen, 10.08.1954.

10 Bei dem heutigen Unternehmen Deilmann-Haniel handelt es sich um einen Spezialausrüster für Bergbau mit Sitz in Dortmund.

11 Ebenda, v. Mirbach an AA, Kairo, 12. August 1954.

zen zu einem Besuch nach Deutschland einzuladen. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden könne hierfür den offiziellen Anlaß bieten.“¹²

Baron Mirbach verwies auf die Bestrebungen gewisser jemenitischer Kreise, den Vertrag zunichte zu machen. Der schleppende Fortgang der westdeutsch-jemenitischen Kooperation führte wohl 1955 zu einer Umorientierung auf die Sowjetunion und deren Imperium. Im Oktober 1955 meldeten Nachrichtendienste jemenitische Verhandlungen mit den Sowjets über die Erneuerung des 1927 abgeschlossenen Freundschaftsvertrages. Die Verhandlungen wurden von dem stellvertretenden jemenitischen Außenminister Qadi Abdallah al-Umari mit dem in Ägypten akkreditierten sowjetischen Botschafter in Kairo geführt.

Der deutsche Gesandte in Saudi-Arabien teilte dem Auswärtigen Amt mit, dass diese Verhandlungen lediglich eine selbstverständliche Folge der letzten internationalen Entwicklung seien. Nach Meinung arabischer Persönlichkeiten stehe

„der Westen den arabischen Interessen gleichgültig gegenüber, die Sowjets jedoch offensichtlich Verständnis für die Probleme der arabischen Welt bewiesen und darüber hinaus ihre friedliebende Politik deutlich zu erkennen sei, könne einer unabhängigen arabischen Regierung kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie bereits früher bestehende freundschaftliche Beziehungen zu einem mächtigen Land erneuere.“¹³

Ursachen hierfür waren sicher der Druck der Arabischen Liga, aber auch der Wandel in der internationalen Kräftegewichtung, die sich zu diesem Zeitpunkt eindeutig zugunsten der Sowjetunion veränderte. Höhepunkt dieser Kräfteverschiebung war die Konferenz von Bandung und die Gründung der Bewegung der Blockfreien. Der Westen, vor allem die USA und Großbritannien, sahen in Bandung „das Trojanische Pferd für den Sieg des Kommunismus in Südostasien, im Nahen Osten und in Afrika“.¹⁴

Sie reagierten darauf mit einer Stärkung Israels, der Türkei und Saudi-Arabiens sowie des Iran als lokale Vormächte. Die USA übernahmen mehr oder weniger stark modifiziert die Politik Großbritanniens, schwache, beeinflussbare Regierung in Nahost zu installieren oder zu halten. Die Mossadeq-Affäre im Iran und die amerikanische Militärintervention im Libanon im Juli 1958 galten dafür als Indiz.

12 Ebenda.

13 PAAA, B12, Nr. 1063, v. Richthofen an AA, Djidda, 27. Oktober 1955.

14 H. Mejcher, Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. München 1998, S. 129.

Der jemenitische Gesandte in Kairo, Abdarrahan Abu Talib, nahm in der Zeitschrift „Gumhuriyya“ zur Außenpolitik des Jemen Stellung, deren Ziel die Festigung der arabischen Einheit sei:

„Der Jemen begrüße daher den Abschluss bilateraler Pakte der arabischen Nationen untereinander, weil dies der einzige Weg für eine fruchtbringende Zusammenarbeit unter ihnen sei. Jeder Drohung, die einem arabischen Staat gemacht werde, halte der Jemen als gegen sich selbst gerichtet. Auf das Verhältnis des Jemen zu Großbritannien kam der Gesandte nur insofern zu sprechen, als er die Ansprüche des Jemen auf das Gebiet von Aden und die dem Jemen vorgelagerte Insel Kamaran hervorhob.“¹⁵

Abd ar-Rahman Abu Talib verurteilte die britische Politik, die die jemenitischen Ansprüche auf diese Gebiete nicht anerkenne und darüber hinaus wiederholt Grenzkonflikte hervorgerufen habe. Die offensichtlich werdende Zurückhaltung der jemenitischen Seite lag in der Entwicklung des Nahost- und Palästina-Konflikts begründet. Die israelischen Abschreckungsmaßnahmen, so das Massaker im transjordanischen Grenzort Qibiyya im Oktober 1953 und der Überfall auf den ägyptischen Grenzposten bei Gaza im Februar 1955¹⁶, führte zu einer Solidarisierung der arabischen Länder mit den Nachbarstaaten Israels. Auch die jemenitischen Offiziellen konnten nicht ignorieren, dass die militärische Aufrüstung Israels vor allem mit Reparationsleistungen Westdeutschlands bezahlt wurde.

Pankowitische Vorstöße

Diese Chance erkannte die DDR-Führung, um die Hallstein-Doktrin¹⁷ auszuhöhlen und vor allem bei Entwicklungsländern Vorteile erringen zu können. Vom 25. Juni bis 1. Juli 1956 besuchte auf Einladung von Ministerpräsident Otto Grotewohl der Kronprinz des Königreiches Jemen, Saif al-Islam Muhammad al-Badr, die DDR. Die Delegation unter Leitung al-Badrs besuchte Industriebetriebe und kulturelle Einrichtungen der DDR. Der Kronprinz wurde auch von Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, empfangen. Al-Badr führte Gespräche mit Otto Grotewohl, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und

15 Ebenda, Pawelke an AA, Kairo, 12.03.1956.

16 Vgl. Mejcher (Anm. 14), S. 124.

17 Die in der DDR als Alleinvertretungsmaßnahme bekannte Hallstein-Doktrin ging davon aus, dass die Bundesrepublik mit dem ehemaligen Deutschen Reich identisch sei und dass es ein gesamtdeutsches Territorium und Staatsvolk gebe. Die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein (1901–1982), benannte Doktrin wurde durch den Grundlagenvertrag 1972 obsolet.

mit dem Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Heinrich Rau.

Die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN veröffentlichte folgende Absichtsbekundungen:

„Diese Verhandlungen ergaben eine erneute Bestätigung des Wunsches beider Ländern, die alte Freundschaft, die zwischen dem jemenitischen Volk und dem deutschen Volk stets bestanden, aufrecht zu erhalten und zu gegebener Zeit normale Beziehungen zwischen ihnen herzustellen. Bis dahin wurde es für zweckmäßig erachtet, mit der Entwicklung der wirtschaftlicher Beziehungen und des Handelsaustausches fortzufahren. Zu diesem Zweck wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der DDR und dem Königreich Jemen abgeschlossen.“¹⁸

Doch im offiziellen Kommuniqué bei Abschluss der Reise war von normalen Beziehungen zwischen beiden Staaten keine Rede mehr. Stattdessen verwies das deutsch-jemenitische Kommuniqué vom 30. Juni 1956 auf die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und den in der Resolution der Konferenz von Bandung enthaltenen Prinzipien wie der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, Nichtangriff und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten usw.¹⁹

Abweichend von diesen allgemeinen Floskeln wurde die ADN-Meldung schon deutlicher:

„In den Besprechungen herrschte Übereinstimmung auf beiden Seiten, dass beide Länder in gewisser Beziehung ähnlichen Problemen gegenübergestellt sind. Das sind in erster Linie die Fragen des Kampfes der beiden Länder für die Erreichung ihrer nationalen Ziele in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung.“²⁰

Im gemeinsamen Kommuniqué wurde auch die deutsche Frage erörtert.

„Beide Seiten sind der Überzeugung, dass die Deutschen selbst in gegenseitiger Verständigung und in brüderlichen Verhandlungen der beiden direkt betroffenen Staaten die nationale deutsche Frage lösen sollten.“²¹

Von westdeutscher Seite her wurde zunächst polemisiert, dass sich das deutsch-jemenitische Kommuniqué eng an das sowjetische Schema

18 PAAA, B 12, Nr. 1062, ADN-Meldung vom 30. Juni 1956.

19 Vgl. Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982, hrsg. vom Solidaritätskomitee der DDR, ausgew. und eingeleitet von W. und A. Bator, Berlin 1984, S. 59 f.

20 PA des AA, B 12, Nr. 1062, ADN-Meldung vom 30. Juni 1956.

21 Die DDR und die arabischen Staaten (Anm. 19), S. 59 f.

anschließen, das bei Besuchen von Außenminister Dimitri T. Schepilow in Ländern des Nahen Ostens angewandt wurde.

Doch beherrschendes Thema für westdeutsche Diplomaten war, ob das Kommuniqué als jemenitische Anerkennung der DDR aufzufassen sei. Für die Bejahung dieser Frage sprachen nach einer Aufzeichnung die Gesamtdiktion des Kommuniqués, die üblichen Staatsbesuchen entsprach, sowie die durchgängig zu beobachtende Gleichstellung beider Länder. Doch überwogen bei der Erörterung die negativen Aspekte der Bewertung. In einer ersten Analyse der Abteilung III des Auswärtigen Amtes schrieb der Bematete Merchtaler:

„Als das schwächste, entlegenste und über die deutschen Probleme am wenigstens unterrichtete arabische Land schien der DDR der Jemen der am meisten erfolgversprechende Ansatzpunkt, und ihre Rechnung war offenbar die, daß das nun vorliegende Kommuniqué die Bundesregierung vor die Entscheidung stellen sollte, entweder ihre Beziehungen zum Jemen abzubrechen oder die Anerkennung der DDR durch den Jemen hinzunehmen, womit der langersehnte erste Einbruch erzielt sein würde. Dieser Plan ist nun nur zum Teil gelungen, weil die Jemeniten den Pankowern²² nicht ganz auf den Leim gegangen sind und doch noch so vorsichtig waren, die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zwischen dem Jemen und der DDR nur als eine Möglichkeit für eine unbestimmte Zukunft, nicht aber als ein sofort zu verwirklichendes Ziel hinzustellen.“²³

In einem zweiten Entwurf präziserte Merchtaler seine Einschätzung über die überwiegenden Aspekte der Nichtanerkennung der DDR durch den Jemen:

„Man gewinnt hiernach den Eindruck, dass die Leute von Pankow zwar versucht haben, mit Hilfe des Jemen, in dem sie einen besonders schwachen Punkt sahen, den ersten Einbruch in die ihnen bisher ablehnend gegenüberstehenden Ländern außerhalb des Eisernen Vorhangs zu erzielen, dass ihnen aber der Versuch nicht oder mindestens nicht ganz gelungen ist. Die Jemeniten sind offenbar den pankowitischen Wünschen bis an die äußerste Grenze entgegengekommen, aber sich auch in der deutschen Frage den sowjetischen und sowjetzonalen Standpunkt – die Frage müsse von den Deutschen selbst gelöst werden – zu eigen gemacht, aber die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen haben sie nur als eine Möglichkeit in unbestimmter Zukunft zugestanden...“²⁴

22 Abwertendes Synonym für die DDR-Regierung, die in Ostberlin Pankow eine Reihe Regierungsgebäude hatte.

23 PAAA, B 12, Nr. 1062, Aufzeichnung Abteilung III, Merchtaler an Staatssekretär AA, Bonn, 3. Juli 1956.

24 Ebenda, S. 2.

Dieser verbal nicht sonderlich taugliche Versuch, die Regierung der DDR mit der sowjetischen gleichzusetzen, zeigt, wie groß die Sorge war, dass die DDR auf außenpolitischem Gebiet bei ihrer Anerkennung vorankommt. Die Abteilung 3 kam schließlich zu dem Fazit, dass man das Kommuniqué vielleicht als eine Vorstufe der Anerkennung ansehen kann,

„aber wohl kaum als mehr. Zuzugeben ist allerdings, dass die Frage sich nicht eindeutig beantworten lässt. Daraus ergibt sich unser Interesse an einer Klarstellung.“²⁵

Als mögliche Konsequenz des jemenitischen Vorgehens fasste das Auswärtige Amt den Entschluss, die Zuständigkeit für den Jemen von der Botschaft Kairo auf die Gesandtschaft Djidda zu übertragen. Eine entsprechende Demarche von Bonner Seite zur Klarstellung der jemenitischen Position sollte gegenüber dem jemenitischen Gesandten in Bonn erfolgen. Doch Hasan Ibrahim befand sich zu diesem Zeitpunkt – sicher mit Absicht – in London, dem Ort seiner Erstakkreditierung. Merchtaler erwog schließlich die Konsequenzen eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zum Jemen und kalkulierte die Solidarität der Arabischen Liga ein, wobei graduelle Unterschiede bei den einzelnen arabischen Ländern unterstellt wurden.

„Die Situation könnte sich aber wesentlich ändern, wenn die vorliegende Frage gekoppelt werden sollte mit der ziemlich heftigen Erregung in allen arabischen Ländern über die Novelle zum Bundesentschädigungsgesetz und die daraus sich ergebende Erhöhung deutscher Zahlungen nach Israel. In diesem Falle wäre es nicht unwahrscheinlich, dass sämtliche arabischen Länder, auch der Irak, sich mit dem Jemen solidarisch erklären könnten.“²⁶

Besonders pikant war die Tatsache, dass der erste Gesandtschaftssekretär der jemenitischen Gesandtschaft in Bonn, Al-Baidani, offizielles Mitglied der Delegation in Ostberlin war. Doch wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes nicht auf die Entfernung Al-Baidanis aus Bonn bestanden. Wenige Tage später wurde in einer weiteren Aufzeichnung die nächste Vorgehensweise beschlossen. Die geplante Demarche an die jemenitische Regierung sollte dem jemenitischen Gesandten in Bonn übergeben werden. Das Auswärtige Amt wünschte eine klare Stellungnahme der jemenitischen Seite zur Anerkennungsfrage. Bis zum Erhalt der jemenitischen Stellungnahme wurde die Bestellung des westdeut-

25 Ebenda, Aufzeichnung, Merchtaler an Staatssekretär AA, 5. Juli 1956.

26 Ebenda, S. 4 der Aufzeichnung.

schen Gesandten in Djidda, Oswald Freiherr von Richthofen, in Sana'a zurückgestellt.

Das Auswärtige Amt kam schließlich zu der Einschätzung, dass Al-Baidani vermutlich aus Rücksichtnahme auf Bonn zu der Reise des Kronprinzen nach Ostberlin hinzugezogen worden ist.²⁷ Wenige Monate später kam es zu einem erneuten Waffengang im Nahen Osten. Im so genannten Suez-Komplott griff Israel gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich Ägypten und die Suez-Kanalzone an. Als Nikita S. Chruschtschow mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte und Washington die Invasion nicht billigte, zogen sich Angreifer zurück. Das Vorgehen Israels mit den alten Kolonialmächten blieb nicht ohne Folgen. Der Angriff auf die Kanalzone richtete sich auch gegen den panarabischen Nationalismus Abd an-Nasirs, zum anderen hoffte Frankreich die Unabhängigkeitsbewegungen in Algerien und Tunesien von Osten her unter Druck setzen zu können.²⁸

Das Suez-Komplott 1956 und seine Folgen

Das Ägypten Abd an-Nasirs orientierte sich immer mehr auf Moskau; auch die DDR profitierte von dieser Umorientierung und wollte hieraus Kapital schlagen. In einer Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, zum Abzug der englischen und französischen Truppen aus Ägypten, konstruierte dieser einen Zusammenhang von Wiedergutmachung und Nahostkonflikt:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Forderung, die so genannte Wiedergutmachung an Israel, die der Aufrüstung des israelischen Aggressors dient, der Republik Ägypten zur Wiedergutmachung der durch israelische Truppen angerichteten Schaden zu überweisen.“²⁹

Die eindeutige Stellungnahme osteuropäischer Länder zugunsten arabischer Staaten blieb nicht ohne Folgen. Schon bald folgten Waffenlieferungen an die arabischen Regimes, womit auch eine Reihe von Grenzkonflikten angeheizt wurde. Die westdeutsche Botschaft in Addis Abeba berichtete 1957 über Grenzstreitigkeiten zwischen Jemen und dem britisch besetzten Protektorat Aden. Die neuerlichen Grenzstreitigkeiten fanden durch das zeitliche Zusammentreffen mit der Suez-Krise erhöhte Beachtung, da die jemenitischen Stämme bei den Gefechten von Dhaala zum ersten Mal mehrere Granatwerfer tschechoslowakischen Ursprungs

27 Vgl. ebenda, Aufzeichnung, Abteilung 3 an AA, Büro Staatssekretär, 10. Juli 1956.

28 Vgl. hierzu Mejcher (Anm. 14), S. 128 f.

29 Die DDR und die arabischen Staaten (Anm. 19), S. 62.

verwendeten. Der Einsatz der aus Arabern und Somalis bestehenden „Aden Protectorate Levies“, zweier Züge der schottischen „Cameron“ und der britischen Luftwaffe genügte, um den Grenzkonflikt abzuwehren.

Offensichtlich ist jedoch, dass der von Moskau dominierte Warschauer Pakt versuchte, dem strategisch wichtigen Jemen den Rücken zu stärken, um ihn als Gegengewicht zum britisch besetzten Protektorat Aden sowie gegen Saudi-Arabien aufzubauen. Die im Entstehen begriffene Vereinigte Arabische Republik unter Führung Abd an-Nasirs wurde von den Al Saud durchaus als Bedrohung aufgefasst. So schrieb Freiherr von Richthofen an das Auswärtige Amt:

„Seine zur Schau getragene Indifferenz, was das Werden der ‘Vereinigten Arabischen Republik’ anbelangt, hat König Saud nicht daran gehindert, sehr schnell einzugreifen, als auch der Jemen Miene machte, sich der neuen Vereinigung anzuschließen. Er hat auf diese Nachrichten hin keinen Geringeren als seinen Chefberater Sheikh Gamal al-Husaini (den Bruder des bekannten ‘Großmufti von Jerusalem’) nach Taiz geschickt, um ... dem Imam unzweideutig klarzumachen, daß der eventuelle Anschluss des Jemen an die syrisch-ägyptische Union die schwersten Folgen für die Beziehungen zwischen den beiden Königreichen haben könnte. Ganz offensichtlich will König Saud ein Übergreifen dieser Unionsbestrebungen auf die eigentliche arabische Halbinsel verhindern. Der – wenn auch der ganzen Natur des ultra-reaktionären Regimes im Jemen nach reichlich problematische – Gedanke, dass letzten Endes Nasser auf diese Weise im arabischen Süden weiter Fuß fassen könnte, ist König Saud alles andere als angenehm.“³⁰

Oswald von Richthofen schlussfolgert folgerichtig, dass Imam Ahmad kaum seine absolutistische Stellung zugunsten einer großarabischen Republik aufgeben oder auch nur einschränken lassen würde. Anders lag die Sache beim Thronfolger Al-Badr, der zu diesem Zeitpunkt in Kairo über den jemenitischen Anschluss an die Union verhandelte. Die unterschiedlichen politischen Überzeugungen des Imam und des Kronprinzen sollten sich als Spaltpilz in der zaiditischen³¹ Dynastie erweisen. Hinzu

30 PAAA, B 12, Nr. 1063, v. Richthofen an AA, Djidda, 16. Februar 1958.

31 Die Zaidiya ist eine Gruppe der Schi'at Ali, die wiederum in acht Richtungen gegliedert ist. Zaid ibn Ali stellte sich der von Kufa (Irak) aus agierenden Bewegung des Abu Musa zur Verfügung. Zaid ibn Ali wurde um 740 n. Chr. von umayyadischen Truppen getötet; sein Rumpf in Kufa ausgestellt und besudelt, sein Kopf wurde in Damaskus, Mekka und Medina gezeigt. Männer wie Abu al-Djarud und Salama ibn Kuhail sammelten sich, um das Andenken des Märtyrers aus dem Hause des Propheten zu bewahren. Der Imam der Zaidiya muss zur Ahl al-Bait, zu den Nachkommen der Prophetentochter Faima gehören. Die Zaiditen lehnen die Nachfolge in der Imam-Würde durch Erbschaft ab. Vgl. ausf. R. Strothmann, Das Staatsrecht der Zaiditen, Strassburg 1912.

kam die religiöse Teilung des Landes in Schafiiten und Zaiditen, wobei die Sunniten schafiitischer Prägung vorwiegend die Tihama bewohnten, während die zaiditischen Stämme³² überwiegend im Hochland siedelten. Gerade im sunnitischen Bevölkerungsteil sollten die Ideen Abd an-Nasirs vom Arabischen Sozialismus³³ Fuß fassen. Wenige Wochen später berichtete Richthofen, dass sich der Kronprinz Muhammad al-Badr in der innerdynastischen Auseinandersetzung um den – wenn auch nur föderativen – Anschluss an die Vereinigte Arabische Republik durchgesetzt hatte.

„Die Motive des Kronprinzen ... dürften in dem Wunsche gegipfelt haben, dem Lande durch engere Anlehnung an die Vereinigte Arabische Republik eine bessere internationale Stellung und größere Sicherheit zu geben. Die Gefahr, dass sich die ägyptisch-syrischen Bundesbrüder ... zu stark in die inneren Angelegenheiten des Jemen einmischen könnten, eine Gefahr, die vor allem der Imam gescheut haben soll, scheint der Kronprinz mit jugendlichem Optimismus demgegenüber gering zu veranschlagen. Daneben darf man aber auch nicht ausseracht lassen, dass er, wie vielfach zu hören ist, wirklich von der Idee des arabischen Nationalismus stärker geprägt ist, als die sonstigen Potentaten der Halbinsel, und dass er in Nasser den Führer der Bewegung anzuerkennen bereit ist.“³⁴

Aus diesem föderativen Anschluss ergaben sich eine Reihe völkerrechtlicher Fragen und bündnispolitischer Überlegungen. Eine davon war der britisch-jemenitische Vertrag über die friedliche Regelung von Grenzfragen aus dem Jahr 1934. Sollten künftig derartige Verhandlungen mit Nasser geführt werden? Nicht ganz zu Unrecht mutmaßte Oswald von Richthofen, dass die britische Verwaltung des Protektorats Aden der Entwicklung mit großem Unbehagen zusah. Anfang Mai 1957 wurde offenbar, dass der Einfluss Abd an-Nasirs und somit des Ostblocks auf das konservative Regime des Imam Ahmads gewachsen war. Der westdeutsche Gesandte Wilhelm G. Steffen konstatierte:

„Der Ostblock ist aktiv dabei, sich in diesem Lande eine Position zu schaffen, die in gewisser Hinsicht mit der Bastion der Sowjets in Albanien verglichen werden kann. ... die Länder des Ostblocks (Sowjet-Union, Rot-China, Tschechoslowakei und die deutsche SBZ) (haben) keine Anstrengungen gescheut, aus der ihnen von Kronprinzen Mo-

32 Heute gehören 53 Prozent der Religion der Zaiditen und 47 Prozent der sunnitischen Schulrichtung, den Schafiiten an. Vgl. www.lexikon.freenet.de/jemen.

33 Vgl. W. G. Schwanitz, Arabischer Sozialismus, in: W. Haug (Hrsg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus in zwölf Bänden, Hamburg 1994, S. 391-401.

34 PAAA, B 12, Nr. 1063, v. Richthofen an AA, Djidda, 9. März 1958.

ammed al-Badr gebotenen Möglichkeit die denkbar besten Vorteile zu ziehen und eine beachtliche Position auszubauen. ... An der Tatsache, dass Kronprinz al-Badr der Exponent der jemenitischen Ostblockpolitik ist und sich dabei in Meinungsverschiedenheit mit seinem Vater, Imam Ahmad, befindet, ist kaum zu zweifeln. Der Imam hält mit Zeichen des Ungemüthlichfühlers gegenüber der Situation auch nicht zurück, ist jedoch nicht mehr ganz Herr der Entwicklung.³⁵

Der Gesandte Steffen führte verschiedene psychologische Gründe an, die dazu geführt haben, dass al-Badr auf die sowjetische Linie einschwenkte. Interessanter ist jedoch Steffens Wahrnehmung des Vertreters der DDR:

„Uns besonders interessierend ist das Vorhandensein einer sowjetzonalen Wirtschaftsdelegation, deren Leiter, ein Herr [Horst] Bastian, einen Pankower Diplomatenpass mit dem Titel ‘Konsul’ besitzt und von den jemenitischen Behörden mit diplomatischen Privilegien bedacht wird. (...) Er gilt ganz allgemein als diplomatischer Vertreter Deutschlands, da im Jemen kaum jemand imstande ist, zwischen der Bundesrepublik und der so genannten ‘DDR’ zu unterscheiden. Peinlich ist natürlich das Schauspiel des Zusammentreffens zweier Deutschlands auf so engem Raum, dessen Bewohner zudem in ihrem Getragensein von allgemeiner großer Deutschfreundlichkeit kein Verständnis für den Unterschied aufzubringen in der Lage sind. Die Ideologie des Kommunismus bleibt ihnen in ihrer Primitivität ein fremder Begriff, sie sehen lediglich die von dessen Vertretern ins Land gebrachten materiellen Resultate.“³⁶

In der ägyptischen Zeitschrift *Al-Musawwar* konstatierte ein Besucher des Jemen:

„It is worthy to mention that I could feel and notice that there is a deep Eastern Bloc’s penetration in Yemen, Communism is extending its roots to every part in Yemen; it is strange that great success which they attained. Everywhere in Yemen the people are talking about the Russians, about their help to Yemen and their friendship to the *Arabs and Moslems*; a great deal of the Yemenis in the very remote villages believe, that the Russians are Moslems and talk the Arabic too as their mother language (some of the Russians talk good Arabic).“³⁷

35 Ebenda, Nr. 1059 A, Steffen an AA, Djidda, 7. Mai 1958.

36 Ebenda.

37 Ebenda, Anlage zum Bericht der Gesandtschaft der BRD Djidda vom Mai 1958, S. 1.

Ostblockaktivität im Jemen, und wo bleibt der Bund?

Am 11. Mai 1958 meldete die arabische Tageszeitung *Fatat al-Jazira* saudische Truppenkonzentrationen an der Nordgrenze des Jemen. Der Imam traf sich mit dem Kronprinzen Saif al-Islam al-Badr in Taizz. Nach dieser Zusammenkunft wurden die Sowjets veranlasst, ihre Arbeiten in Sana'a und der Tihama einzustellen.³⁸ Einen Monat später vermeldete die sowjetische Zeitschrift *Mezhdunarodnaja Zhizn*, dass die Bemühungen der DDR zur Eröffnung einer Handelsvertretung in Sana'a geführt haben, der konsularische Vollmachten verliehen wurden.³⁹

Diese Vorgänge blieben von den Bonner Stellen nicht unbeobachtet. In einem Gespräch mit dem stellvertretenden jemenitischen Außenminister al-Qadi Muhammad Abdallah al-Ameri kam Wilhelm G. Steffen darauf zu sprechen, dass der Handelsvertretung diplomatische, mindestens jedoch konsularische Vollmachten zugesprochen wurden. Al-Ameri erwiderte, dass zwischen dem Jemen und

„der von den Sowjets besetzten Zone Mitteldeutschlands lediglich wirtschaftliche Beziehungen bestünden, und der Leiter dieser Wirtschaftsdelegation nur solche konsularischen Befugnisse ausübe, die direkt mit den wirtschaftlichen Dingen zusammenhingen. Darüber hinaus besitze er keinerlei Privilegien. ... Es sei auch nicht beabsichtigt, über diese Vereinbarungen hinauszugehen. Der jemenitischen Regierung sei die Einstellung der Bundesrepublik zu dieser Frage durchaus bekannt, und es läge ihr viel daran, die bestehenden guten Beziehungen aufrechtzuerhalten.“⁴⁰

Zu dieser Zeit kam es auch zu einem Wechsel in der Leitung der ostdeutschen Handelsvertretung. Konsul Horst Bastian wurde durch Eberhard Held abgelöst.

Auch Ostberlin unternahm nach Erlangung der formellen Souveränität von der sowjetischen Besatzungsmacht ab Mitte der fünfziger Jahre verstärkte Anstrengungen, die diplomatische Isolierung zu durchbrechen. Dabei ordnete sich Ostberlin der globalen Strategie der Sowjetunion unter, die ihre Position als politische und militärische Weltmacht auszubauen suchte. Die Zeit hierfür schien günstig, zumal eine große Anzahl der Entwicklungsländer entweder schon ihre staatliche Unabhängigkeit erlangt hatte oder dabei war, diese zu erreichen. Erste medizinische Hilfeleistungen der DDR für die JAR wurden 1954 eingeleitet. In den Akten des Ostberliner Außenministeriums gibt es u. a. einen Ver-

38 Vgl. ebenda, Nr. 1063, Übersetzung aus der arabischen Tageszeitung *Fatat al-Dschazira*, 11. Mai 1958.

39 Vgl. ebenda, Vermerk, Bonn, 12. Juni 1958.

40 Ebenda, Steffen an AA, Djidda, 21. Juli 1958.

merk über den Empfang der jemenitischen Regierungsdelegation unter Leitung des Gesundheitsministers Hussein al-Magdani beim Minister für Gesundheitswesen, Max Sefrin, am 13. Oktober 1954.⁴¹ Offenbar gingen bereits 1956 die ersten Ärzte in den Jemen.

In einer Vereinbarung DDR-Jemen über die Beschäftigung von Ärzten und mittleren medizinischen Personal im Jemen sahen die Rechts- und Vertragsabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mit Argusaugen darauf, dass die Ärzte aus der DDR nicht diskriminiert wurden. Dabei setzte man aber offensichtlich wenig Vertrauen in die jemenitische Gerichtsbarkeit, denn Herr Amberg teilte der Handelsvertretung in Sana'a mit, dass die Unterwerfung der DDR-Bürger unter die jemenitische Gerichtsbarkeit nicht wünschenswert sei.⁴²

Die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Gesundheitswesen, vertreten durch den Leiter der Handelsvertretung in Sanaa, Eberhard Held, und dem jemenitischen Gesundheitswesen des Königreiches Jemen, Qadi Abdallah Hagri, trat am 7. Juli 1959 in Kraft.⁴³ Zunächst wollte die Rechtsabteilung des Außenministeriums dem Basislohn von 100 Pfund Monatsgehalt zustimmen, wenn „dies keine Diskriminierung darstellt und für die Bestreitung des ordnungsgemäßen Lebensunterhalts ausreicht“.⁴⁴ Doch wurde offenbar, dass die jemenitische Seite den ostdeutschen Ärzten die Hälfte weniger zahlen wollte, was aus prinzipiellen Erwägungen und wegen Diskriminierung abgelehnt wurde. Schließlich einigte man sich darauf, dass den Ärzten 150 Pfundsterling und dem mittleren medizinischen Personal 70 Pfundsterling bezahlt wurde. Es handelte sich um einen Zahnarzt, einen Röntgenologen im Krankenhaus Sana'a, ferner einen Zahnarzt, zwei praktische Ärzte, eine medizinisch-technische Assistentin, eine Krankenschwester, die im Krankenhaus in Baida eingesetzt wurden.⁴⁵

Die Aktivitäten der DDR wurden von den Bonner Vertretungen aufmerksam verfolgt. Unter dem Stichwort „Ostblockaktivität im Jemen“ kabelte Wilhelm G. Steffen nach Bonn, dass die „Ostzone“ ein Angebot zur Errichtung einer Gewerbeschule unterbreitet hat und unterstellte die Absicht, den Westen ganz auszuschalten, was den Imam äußerst beunruhigte. Die

„Inaktivität des Westens veranlasst aber den sehr ehrgeizigen Kronprinzen mehr und mehr, die vom Ostblock zunächst bedingungslos gebotene Hilfe gegen die Neigung seines Vaters zu akzeptieren.“⁴⁶

41 Bundesarchiv (im Folgenden: Barch), MfAA, A 13648. Zeitraum 1954–1956, Mikrofiche.

42 Ebenda, MfAA, A 5940, Bl. 32-33.

43 Ebenda, MfAA, A 5940, Bl. 32 f..

44 Ebenda, Bl. 5.

45 Ebenda, Bl. 32-33.

Bezüglich der ostdeutschen Handelsvertretung in Sana'a führte Steffen aus, dass die DDR zum Preis von 100 Pfundsterling Ärzte und Krankenschwestern zur Verfügung stelle. Das Handelsvolumen habe sich in letzter Zeit bedeutend vergrößert, speziell Pumpen, Textilien, Teppiche, Linoleum, Haushaltsartikel und vereinzelt auch Lebensmittel.

„Von der DDR-Seite wurde dem Jemen ein Angebot für die Ausbildung von 15 Jemeniten als Handwerker gemacht!! Die Leute werden in Kürze abreisen. Wo bleibt der Bund?“⁴⁷

fragte der Gesandte Steffen enttäuscht seine Vorgesetzten.

Am 13. Juni 1960 schloss der „Volkseigene Betrieb Wasserwirtschaft“ aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) einen Ausbildungsvertrag mit einem Bürger des Königreiches Jemen, Ali Abu Talib ab, wobei dem jemenitischen Bürger ein monatliches Stipendium von 300 Mark zugewilligt wurde.⁴⁸ Für den Zeitraum 1962 bis 1963 stellte daher das ostdeutsche Außenministerium einen Maßnahmenplan auf.⁴⁹

Kommunistische Bedrohung des Islam

Doch zurück zur Entwicklung im Jemen. Für das Jahr 1959 ist charakteristisch, dass der Ostblock seine Positionen ausbauen konnten. Die arabische Wochenzeitung *Fatat al-Djazira* berichtete im März 1959, dass in Sana'a 20 Russen seien, zwölf in Ta'izz, und dass acht von ihnen in Hudaida den Hafenausbau kontrollieren. Ostdeutschland hatte ein Abkommen mit einer jemenitischen Aktiengesellschaft unterzeichnet, das den Import einer Elektroanlage für die Beleuchtung Sana'as im Wert von 200.000 Riyal verbriefte. China schloss Anfang 1959 ein Abkommen über die Pflasterung einer Straße zwischen Sana'a und Hudaida. Offenkundig wurde bei all diesen Modernisierungsarbeiten auch eine gewisse Obstruktion von Imam Ahmad, der dafür sorgte, dass die Arbeiten durch Arbeitskräftemangel nur schleppend vorankamen.⁵⁰

Noch deutlicher wird der Gesandte Steffen in einem Bericht an das Auswärtige Amt wenige Wochen später, als dieser über den Fortgang der Arbeiten am Hafen von Hudaida und Ras al-Khatib sowie eines angeblichen Flottenstützpunktes am nördlichen Ende des Bab al-Mandab berichtete:

46 Ebenda, B 12, Nr. 1064, Steffen an AA, Djidda, 10. März 1959.

47 Ebenda.

48 Ebenda, MfAA, Nr. A 13798, bl. 88.

49 Ebenda, Nr. A 3036.

50 PA des AA, B 12, Nr. 1059 A, Übersetzung eines Artikels in *Fatat al-Dschazira*, 29. März 1959.

„Tatsache ist, daß Russen und Tschechen sie energisch betreiben. Ihre Fortführung wird jedoch durch einen an Sabotage grenzenden Mangel an Arbeitswillen bei den jemenitischen Kulis stark gehemmt, die zudem seit Monaten auf ihre Löhnung warten müssen, da der Imam seinen finanziellen Verpflichtungen in keiner Weise nachkommen will oder kann.“⁵¹

Steffen stellte fest, dass das Schwergewicht auf den Bau der Straße Sana'a-Hudaida gelegt werden sollte, an der 1959 etwa 600 Chinesen arbeiteten. Den Jemeniten war nicht zu verdenken, dass sie auf Grund fehlender Bezahlung kaum arbeiteten.

„Die Chinesen sollen sich deswegen bei der einheimischen Bevölkerung, sozusagen als 'Streikbrecher' bereits denkbar unbeliebt gemacht haben. Der Imam hat, nach bewährtem Vorbild (siehe Firmen Krupp, Deilmann), alle von ihm versprochenen Geldbeiträge und Sachleistungen eingestellt.“⁵²

Die Schwierigkeit des Terrains tat sein Übriges, so dass die Chinesen nur sehr langsam vorwärts kamen. Die im Westen zum Teil stark übertriebenen Zahlen ostdeutscher Experten im Jemen rückte Steffen zu recht. Er teilte seinen Vorgesetzten mit, dass lediglich 25 Ostdeutsche im Jemen tätig seien, vor allem beim Ausbau des Telefonnetzes. Diesen Auftrag hatte eine DDR-Firma gegen den Mitbewerber Siemens nach längerem Verhandeln erhalten. Nur als katastrophal konnte Steffen die Wirtschaftslage des Jemen einschätzen. War unter Imam Yahya die Kasse noch gut mit Marietheresien-Talern gefüllt, die der Imam für Frauenkleider, Hunderte von Brillen und Ferngläsern etc. – heute im Sana'aer Museum zu besichtigen – auszugeben pflegte, so war sein Nachfolger Ahmad fast bankrott.

„Seine östlichen Handelspartner machen nun mit ihm die gleichen Erfahrungen wie vorher die westlichen. ... Unbezahlte Rechnungen pflegen im Allgemeinen die Liebe des säumigen Schuldners zu dem Gläubiger nicht zu steigern. Und da im Jemen praktisch noch alles von den Gefühlen des Imams und der Oberschicht abhängt, ließe sich durchaus denken, dass [...] man sehr stark dabei ist, die lästigen Helfer aus Moskau, Prag, Peking und Pankow alsbald wieder mit Anstand loszuwerden.“⁵³

Wilhelm G. Steffen skizzierte auch die innerdynastische Dimension des Konflikts in der Königsfamilie. Die nördlichen, zaiditischen Stämme wandten sich zunehmend gegen den als Reformer unbeliebten Kronprinzen und favorisierten den Bruder des Imams, Amir Hasan, der nach ei-

51 Ebenda, Steffen an AA, Djidda, 20. April 1959.

52 Ebenda.

53 Ebenda.

nem langjährigen Exil in Saudi-Arabien mit Genehmigung Imam Ahmads 1958 in den Jemen zurückkehrte. Bald schon wurde deutlich, dass Hasan beim Machtpoker auf Saudi-Arabien setzte, während Kronprinz al-Badr sich die Unterstützung Abd an-Nasirs und des Ostblocks zu sichern versuchte.⁵⁴

Kronprinz al-Badr hoffte mit Hilfe ägyptischer Offiziere wie in anderen Staaten des Nahen Ostens eine moderne Armee aufbauen zu können, die nicht mehr ihren Stämmen verpflichtet war, sondern ihren Offizieren folgten. Seine Hoffnung war, damit die Zentralgewalt in seinen Händen gegen alle feudalen Kräfte zu stärken. Die von der Sowjetunion und der Tschechoslowakei gelieferten Waffen wurden vom Kronprinzen persönlich abgenommen und an von ihm kontrollierte Orte gebracht.

Offensichtlich ist jedoch, dass auch al-Badr trotz aller Modernisierungsbestrebungen keine klaren Vorstellungen von konstitutionellen Regierungsmethoden hatte und wie sein Vater Ahmad und sein Großvater Yahya im Zweifelsfalle geneigt war, „mit drastisch-diktatorischen Mitteln seinen Willen durchzusetzen.“⁵⁵

Im Verlauf des Jahres 1959 wurde offenbar, dass die Anfangseuphorie in der Vereinigten Arabischen Republik abgeklungen war. Die anti-kommunistische Wendung in der VAR ließ auch die Bereitschaft des Jemen sinken, mit der DDR zusammenzuarbeiten. Damit standen die Chancen für die Errichtung einer westdeutschen Gesandtschaft nicht schlecht. Aus den Akten des Auswärtigen Amtes lässt sich deutlich erkennen, inwieweit sich beide deutsche Staaten in die „Systemauseinandersetzung“ involvieren ließen:

„Allerdings dürfte sich diese Wirksamkeit nicht als rein theoretisch erweisen, sondern müßte mindestens auf dem Sektor der technischen Hilfeleistung, insbesondere bei der Ausbildung von unterem technischem Personal, tatkräftig in Erscheinung treten. Zu I 10) gilt das gleiche..., nämlich, daß die Botschaft stärker mit festfundiertem, in arabischer Sprache ausgearbeitetem Material über die Bedrohung des Islams durch den Kommunismus, über eindeutige Erscheinungen der Unterdrückung der persönlichen, völkischen und religiösen Freiheit durch die sowjetischen Expansionsbestrebungen ebenso wie auch mit Material, das Verleumdungs- und Falschmeldungen über die Bundesrepublik und ihre führenden Männer klar herausstellt, beliefert würde.“⁵⁶

Ohne jeden Zweifel trug die Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West dazu bei, dass reaktionäre islamische Kreise, vor allem durch Saudi-Arabien, entsprechend auf die Entwicklungen im jemeniti-

54 Ebenda; v. Richthofen an AA, Djidda, 20. April 1959.

55 Ebenda, Aufzeichnung von Steffen, Djidda, 29. Juni 1959.

56 Ebenda, Steffen an AA, Djidda, 26. August 1959.

schen Nachbarland und im arabischen Raum reagiert haben – und dabei gestärkt wurden. Dass auch der Westen seinen Teil dazu beitrug, ist sicher unstrittig. Westdeutschland konnte an eine unheilige Tradition der Politisierung und „Djihadisierung“⁵⁷ des Islam anknüpfen.

Von Nord nach Süd und Isolationsumkehr

Aus westdeutscher Sicht hatten die Beziehungen zu Israel in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts absolute Priorität. Die tragische Vergangenheit der Shoah, die Bemühungen beider Seiten zur Schaffung einer besseren Zukunft und die politischen Zwänge der damaligen Situation von den Anfängen der Wiederherstellung des Dialogs zwischen Westdeutschland und der jüdischen Gemeinschaft einerseits und der Kontaktanbahnung zwischen dem westdeutschen Teilstaat und Israel andererseits führten zu einer außergewöhnlich schnellen Annäherung zwischen beiden Staaten.

Demgegenüber waren die Beziehungen zu den arabischen Staaten zunächst zweitrangig. Die arabischen Politiker sahen in der Leistung von Wiedergutmachung an Israel für die im Holocaust ermordeten Juden eine enorme Stärkung des Staates Israel, obgleich es arabisches Territorium besetzt hielt. Eine Isolierung Westdeutschlands in der arabischen Welt zu verhüten, machte daher von der Bonner Warte durchaus Sinn. In der arabischen Sichtweise stand der Westen den arabischen Interessen gleichgültig oder gar feindlich gegenüber, wohingegen die Sowjets offensichtlich Verständnis für die Probleme der arabischen Welt bewiesen.

Veränderungen in der internationalen Balance der Kräfte, die sich in der hier untersuchten Anfangsperiode bis 1959 eindeutig zugunsten der Sowjetunion zu verändern schien, eröffneten gleichwohl der ostdeutschen Regierung Möglichkeiten, im Nahen Osten ihre diplomatische und politische Isolierung aufzubrechen. Der Sturz der Haschimiten-Dynastie im Irak 1958 und der wachsende Einfluss Abd an-Nasirs bildeten eine Gefahr für die globalen Interessen Amerikas, das sich einmal weitsichtig aus dem Suez-Abenteuer seiner Verbündeten herausgehalten hatte.

Die USA bauten in der Folgezeit ihre Positionen in der Golfregion konsequent aus und bezogen auch Westdeutschland als Juniorpartner in diese Strategie mit ein. Dabei verstand man diese Hilfestellung als Teil eines weltweiten Kampfes gegen den Kommunismus und dessen Infiltrationsversuche in der Region. Die Anerkennung des Staates Israel 1965 durch die Bonner Republik führte schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bonn durch die meisten arabischen Staaten,

57 Vgl. W. G. Schwanitz, Die Berliner Djihadisierung des Islam. Wie Max von Oppenheim die islamische Revolution schürte, in: KAS-Auslandsinformationen, 20 (2004) 10, S. 17-37.

darunter auch Jemen, sowie zur weitgehenden Isolation Bonns im arabischen Raum.

Im Gegenzug konzentrierte sich Ostberlin seit 1967 mehr und mehr auf Aden, wo es seit 1955 eine Handelsvertretung gab und Bonn seit dem 21. Dezember 1956 ein Wahlkonsulat unter Konsul Wilhelm H. Lemke eingerichtet hatte. Die DDR expandierte in Südjemen, mit dem es 1969, 1974 und 1978 nicht nur Kreditabkommen abgeschlossen hat. Aber wie die wohl einmalige Beziehungsachse Ostberlin-Aden vor dem Hintergrund der hier skizzierten Umstände rasch auf Touren kam, ist ein neues, ungemein aufschlussreiches Kapitel in den zweifachen deutschen Beziehungen zu Mittelost. Denn auch dort handelte es sich wie bei den Deutschen daheim um ein geteiltes Land im Kalten Krieg.